

Haushalt und Finanzen – 2. Lesung

Einzelplan 08: Wirtschaft

Herr Präsident, mein sehr geehrten Damen und Herren,

der Brandenburgische Mittelstand und das Handwerk sind mit Sicherheit das Rückgrat unserer einheimischen Wirtschaft.

Es war wichtig, dass die Bundesregierung gerade diese Firmen mit dem Konjunkturpaket unterstützt hat.

Dadurch konnten Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden und viele Firmen konnten somit auch vor dem wirtschaftlichen Aus bewahrt werden.

Aber auch das Land steht hier eindeutig in der Pflicht und muss seine Aufgaben erfüllen.

Wenn man sich aber den Einzelplan des Wirtschaftsministeriums ansieht, dann kommt man schnell zu einem anderen Bild.

Obwohl sich die Einnahmen des Ministeriums um 14 % erhöhen, sollen die Investitionsausgaben um ca. 20 Mio. Euro abgesenkt werden.

Es ist die originäre Aufgabe eines Wirtschaftsministeriums Investitionen und damit Arbeitsplätze für das Land zu sichern und zu ermöglichen.

Eine Absenkung der Investitionsquote bei gleichzeitigen Mehreinnahmen ist daher nicht nachvollziehbar und schadet dem Wirtschaftsstandort Brandenburg.

Wir wollen durch Einsparungen im nichtinvestiven Bereich zumindest ein Teil der geplanten Absenkung der Investitionsausgaben vermeiden und stellen daher den vorliegenden Änderungsantrag.

Der von führenden Wirtschaftsinstituten prognostizierter Aufschwung in Deutschland wird auch einen Investitionsaufschwung mit sich bringen.

Es ist daher davon auszugehen, dass die Unternehmen verstärkt nach Fördermitteln des Landes nachfragen werden.

Die Mittel aus diesem Titel sollen dazu dienen, diese Nachfrage zu befriedigen.

Sie sollen im Sinne der Umstellung der Förderpolitik des Ministeriums für Wirtschaft als Darlehen ausgereicht werden.

Soweit zum eigentlichen Haushalt des Ministeriums.

Ich will die Gelegenheit aber nutzen einige andere Fakten anzusprechen, mit denen der Mittelstand und das Handwerk in Brandenburg zu kämpfen haben.

Thema Nummer 1:-der Fachkräftemangel

Die Studie und damit die prognostizierten Zahlen liegen seit Monaten vor.

Die Unternehmen haben diese nicht nur zur Kenntnis genommen, nein sie spüren den Rückgang der Bewerber schon jetzt teilweise empfindlich.

Nur aus der Landesregierung ist bis jetzt kaum eine Idee dazu zu hören, wie man dem Mangel entgegen wirken will. Stattdessen werden über die LASA gestritten, den Universitäten die Geldreserven gestrichen oder die Investitionsausgaben des Landes erst einmal gekürzt.

Es liegen weder Ideen oder Konzepte vor.

Stattdessen werden immer mehr Mittel für einen dritten Arbeitsmarkt bereitgestellt, der in der Regel den privaten Unternehmen Aufträge und damit auch Arbeitsplätze kostet.

Und glauben Sie mir mit den Entwürfen für das Vergabegesetz und die Änderung der Kommunalverfassung müssen weitere Millionen ausgegeben werden, die den Unternehmen bei Investitionen dann dringend fehlen.

Selbstverständlich müssen wir den Gesamthaushalt konsolidieren. Um zukunftsfähig zu bleiben, müssen aber die richtigen Prioritäten gesetzt werden.

Diese Landesregierung setzt definitiv die Falschen!

Ein zweiter Punkt, der bei den Unternehmen diskutiert wird, ist die vielerorts immer noch fehlende Breitband

Versorgung. Zwar wurde vom Ministerpräsidenten viel versprochen, aber die Ergebnisse sind mehr als dürftig.

Dabei hat der Bund im Rahmen des Konjunkturpaketes II 3,3 Mio. Euro für den Breitbandausbau zur Verfügung gestellt. Da-

von wurden 1,7 Mio. Euro für 26 Richtfunkanlagen verwendet, deren Wirkung bis heute noch unklar ist. Die letzte offizielle Zahl der damit angeschlossenen Teilnehmer liegt bei 130!! (Stand August 2010).

Seitdem gibt es keine neuen Zahlen!

1,4 Mio. Euro wurden für ein Brandenburger Sonderprogramm verwendet. Hier sollen nach bisheriger Auskunft an über 16 Standorten mit VHF-Frequenztechnik eine Breitbandversorgung ermöglicht werden.

Der Auftrag dazu wurde direkt und ohne Ausschreibung an ein Unternehmen vergeben und es ist bis heute völlig unklar, wie diese Technik funktionieren soll.

Denn für die flächendeckende Nutzung dieser Frequenzen wird ein entsprechender Bundesratsbeschluss benötigt. Wofür wurde das Geld bisher verwendet? -Keiner weiß es- Bei Fragen im Ausschuss werden selbst die Staatssekretäre nervös.

Ein weiterer Punkt zur Sorge bei vielen Unternehmen, ist die geplante Ausweitung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Betrieben,

Hier zwei Aussagen des Präsidenten der HWK. Potsdam Herrn Ebert dazu, beim 3.parlamentarischen Abend der Handwerkskammer am 11.November, an dem ja auch viele Kollegen des Landtages anwesend waren, sagte er dazu:

Das ist Wettbewerbsverzerrung!!! Damit erweist man dem Mittelstand einen Bärendienst, dessen Steuern aber jede Kommune gerne kassiert. und bei zu vielen Gesetzesregelungen wird zu wenig an die Klein-und Kleinstunternehmen gedacht, die jedoch die Masse unserer Betriebe ausmachen.

Ich denke das sind zwei ganz klare Aussagen über die man in diesem Hause nachdenken sollte.

Herr Präsident, mein sehr geehrten Damen und Herren,

in meiner letzten Haushaltsrede hatte ich bemängelt, dass selbst auf den Internetseiten des Wirtschaftsministerium der Mittelstand so sträflich behandelt wird, dass unter der Rubrik

„Mittelstandspolitik“ eine leere Seite mit dem Link zum

„Mittelstandsbericht 2004 bis 2008“ erschien.

Das Ergebnis nach meiner Rede:

Es wurde hektisch telefoniert, um meine Aussagen zu überprüfen. Nun diesmal ist man auf Nummer sicher gegangen und hat die komplette Rubrik „Mittelstand“ gelöscht.

Kein Mittelständler kann sich nun also direkt und ohne große Suche über die Mittelstandspolitik des Ministeriums informieren.

Das ist sicherlich auch eine Aussage.

Und um bei dem Thema noch zu bleiben. Ein gesetzlich verankerter Bericht zum Mittelstand, der dem Ausschuss vor jeder Haushaltberatung vorgelegt werden muss, fehlte gänzlich.

Kurzum der Mittelstand und das Handwerk haben keine wirkliche Lobby in dieser Landesregierung!